

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostpreußen / Vellagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

In deiner Zelle
und solert die
Presse-Werbung
werden!

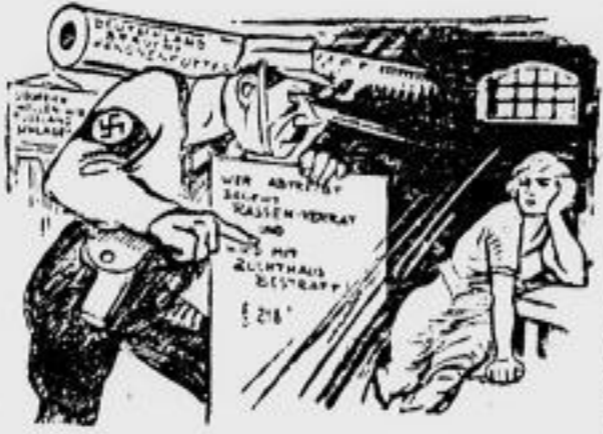
7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 26. März 1931 Nummer 49

Die Märtyrerin des § 218 und der Brüning-Diktatur Frau Dr. Kienle seit 6 Tagen im Hungerstreik!

Sofortige Haftentlassung von SPD sabotiert

Seit nunmehr sechs Tagen befindet sich die Stuttgarter Kerstin Frau Dr. Kienle im Hungerstreik gegen die Inquisitionsmethoden der Justizbehörden. Sie schwebt in Lebensgefahr und ist kaum noch fähig, sich zu bewegen. Im Nachhinein sind bereits hunderte von Telegrammen von Organisationen aller Schichten eingelaufen, die ihre sofortige Haftentlassung fordern.

Die getriggerte Reichstagsdebatte beschäftigte sich neben der Ablehnung und Bewilligung des Hungerhaushalts der Brüning-Regierung auch mit dem ungeheuerlichen Justizskandal des Falles Wolf-Kienle. Die tapfere Frau, die als Kämpferin gegen den § 218 noch immer hinter Kerkermauern kämpft, belohnt sich jetzt im 6. Tag des Hungerstreiks. Das Berliner Tageblatt bringt hierzu die aufsehenerregende Mitteilung, daß Frau Dr. Kienles Schwäche bereits so groß ist, daß sie kaum noch sprechen kann. Sie ist jetzt entschlossen, selbst bei tödlichem Ausgang im Hungerstreik zu verharren und lehnt jede Erleichterung vor dem Inquisitionsuntersuchungsgericht ab. Diese Tatsache hatte die kommunistische Fraktion veranlaßt, dem Willen von hunderteitenden kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und bürgerlichen Gegner des Nordparagrafen 218 Ausbruch zu geben und in einem Antrag die sofortige Haftentlassung Fr. Dr. Kienles zu fordern. Die SPD zeigte sich dabei in ihrer ganzen Erbarmlosigkeit und Unterwürfigkeit gegenüber bürgerlichen Gehensvorschriften. Ihr Parteivorsitzender, der Münchner Staatsanwalt Hoegner, erklärte, daß keine Fraktion den kommunistischen Antrag ablehne, weil er einen „Eingriff in ein lebendes Verbrechen“ darstelle. Diese schändliche Haltung wurde von den gelamten anwesenden Sozialdemokraten bei der Abstimmung bestätigt. Aber nicht genug damit, auch der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Kilia setzte sich im Fall Kienle nicht ohne demokratische Maske.



Mit Brüning in Hitlers Drittes Reich!

Die herrschende Klasse ist entschlossen, Frau Dr. Kienle eher in den Tod zu treiben als der Schmach ihrer Verhaftung ein Ende zu bereiten. Wir warnen die Verantwortlichen! Gleichzeitig rufen wir alle werktätigen Schichten des Volkes auf, in leidenschaftlichem Protest ihre Stimmen gegen diese Wortstafel der § 218-Reaktion zu erheben. Dieser Ruf ergeht besonders an die proletarischen Frauen! Sie dürfen nicht ruhen, bevor die Fortkämpferin gegen den Nordparagrafen wieder frei ist!

Rülz ohne Wasse

Die SPD hatte nämlich unter dem Vorwand einen allerbiens sehr abgeschwächten Antrag einbringen müssen, der das bürgerliche Justizministerium erlaubt, die Haftentlassung Frau Kienles zu veranlassen. Für diesen Antrag stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten und Staatspartei. Der von den Dresdener Sozialdemokraten gewählte Oberbürgermeister Kilia brachte es jedoch fertig, trotz der Zustimmung seiner Parteiparteilichen Antrag

Brünings Haushalt durch SPD bewilligt

1/2 Million für bulgarischen Exkönig

Neuer Unterstufungsraub an den Erwerbslosen / KPD-Misstrauensantrag abgelehnt Die SPD für Demonstrationsverbot am 1. Mai

Die getriggerte Reichstagsdebatte war durch Bewilligung des Haushalts der Brüning-Regierung gekennzeichnet. Dem Vertreter der Kommunisten, dem Abg. Torgler blieb es vorbehalten, den durch und durch arbeitserfindlichen Charakter des Haushalts aufzuzeigen. Zunächst bekräftigte er sich eingehend mit den ungeheuerlichen Subventionierungen des Großkapitals durch Steuererlässe. Bis heute habe die RPD 2,1 Millionen Steuern für Direktorengehälter nicht nachzahlen brauchen, 300.000 Mark Steuerhinterzuler seien allein einer großen Berliner Firma erlassen worden.

Wie eine Bombe schlug dann seine Enthüllung ein, daß 1/2 Millionen für den Exkönig von Bulgarien Czar Ferdinand 1931 dem General Gausch als Bewohnungsausgabe ausbezahlt werden sollen, nachdem dieser schon früher 25 Millionen erhalten hat.

Das bringt die gleiche Regierung fertig, die jetzt die Ermächtigung verlangt, nach Ausschaltung des Reichstages bis zum Winter selbständig weitere Abkürzungen vom Sozialetat vornehmen zu können. Das bedeutet weiteren Abbau der Unterhaltungen für Erwerbslose und alle Wohlfahrtsempfänger. Diese Politik wird von der Sozialdemokratie vollkommen unterstützt. In einer Erklärung und einem Misstrauensantrag dokumentierte dann die kommunistische Fraktion ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen Brüning und seinen Auto. Die SPD stimmte jedoch stillschweigend mit dem Regierungsvorschlag den Misstrauensantrag nicht ab und erstellte bei der Bewilligung des Haushalts der Regierung auch die Ermächtigung zu weiteren Maßnahmen gegen die Werktätigen.

Um den Weg ihrer Schwärze noch zu machen, stimmte die SPD mit dem gelamten Hauptparagrafen auch einen

kommunistischen Antrag nieder, der die Aufhebung aller Demonstrationsverbote für den 1. Mai 1931 fordert. Die Sozialdemokratie unterstützt damit offen nicht nur die politischen Ausgrenzungspläne, sondern auch den Willen der Faschisten, die Arbeiterbewegung im Stille zu schiden. Die Proletarier werden am 1. Mai 1931 mit der Schändung der Arbeiterbewegung durch die SPD-Führer antworten müssen mit der Organisierung gewaltiger Massenmärsche unter dem Fahnen der KPD, die beweisen hat, daß sie allein den Kampf gegen die Kapitalisten und die feindselige Diktatur führt.

Streiks und Straßentämpfe in Indien

„Nieder mit dem Verräter Gandhi!“

Bombay, 24. März. (Sig. Drahtmeldung.) Infolge der Hinrichtung Bhagat Sing und seiner Gefährten im Zusammenhang mit dem Verrat Gandhis schlägt die indische Freiheitsbewegung höhere Wogen. In Bombay, Kalkutta, Allahabad, Lahore und vielen anderen Städten treten die Arbeiter in den Generalstreik. Hunderttausend Demonstrierende überfluten die Straßen. Polizisten und Gendarmen wurden von den Massen angegriffen. In Lahore und Calcutta kam es zu Straßentämpfen. In Lahore bombardierte die Polizei öffentliche Versammlungen, Geiseln, englische Banken und Polizeistationen mit Gewehren. Die Polizei schlägt mit Wasser-

Die „linken“ Rechten von Dresden

Eine beliebige Nummer des Dresdner „Linken“ SPD-Blattes, zum Beispiel die vom Dienstag: Man findet da, so leichtlich, die Mitteilung, daß die Jollermächtigung für Brüning „noch zu launem Ergebnis gebracht“ und die „Frage der Vertagung des Reichstages (bis Oktober) noch kritisch“ ist. — dieselbe Methode, mit der der rechte Fortschritt die bereits fehlende Zustimmung der SPD zur Jollermächtigung mit des Nach-Gaulle-Schiden des Reichstages vorbereitete. Man findet ferner im Dresdner „Linken“ SPD-Blättchen im Spaltenartikel die Mitteilung, daß der Reichstag gegen die SPD-„Steuerforderungen“ Einspruch erheben werde und daß die Bemerkung: „Hätte das deutsche Volk am 14. September besser gewacht“, so wäre im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für die sozialdemokratischen Steueranträge vorhanden und der Reichstag könnte mit seinem Einspruch nichts ausrichten“ — ein Kettenmaus und eine Verhöhnung der Arbeiter, wie man sie täglich auch im rechten Fortschritt liest. Schließlich zur Vansprecher-Misshandlung bringt die „linke“ Dresdner Volkszeitung aus dem Reichstag einer US-Konferenz in Rom, die die Fortführung des Vansprecherhauses billigt. So ist der rechte Fortschritt, der mit der Feder des „Linken“ SPD schreibt:

Vielleicht ist nur irgend einer der Dresdner „Linken“ SPD-„Journalisten über Bord“ — über die rechte Fortschritt — gefallen? Vielleicht ist nur die Fresse los? Das ist natürlich ausgeschlossen. Die Zeitung ist das perenne Solgefäß der SPD-Führung. Doch prüfen wir nun Heberflut, welche Stellung die anderen „linken“ SPD- und Gewerkschaftsführer, der Dresdner SPD-Vorstand als Ganzes, in den wichtigsten Fragen einnehmen:

1. Die Lohnrauboffensive der Unternehmer wird von den „linken“ SPD- und Verbandschancen konsequent unterstützt. Sie haben den Terristreit mit allen Mitteln bekämpft. Sie denken nicht daran, jetzt die Konarbeiter, denen 16 Prozent des Lohnes entzogen werden soll, und die Eisenbahner zu Wohlstandskämpfen zu mobilisieren. Ihre größte Sorge ist, die Reueoffensive der Arbeiter und Streiks zu verhindern!
2. Sie weihen die sozialdemokratischen Betriebsräte an, der Direktion Handlangerdienste zu leisten. Auf die Initiative der „linken“ Dresdner SPD- und Gewerkschaftsführung haben die SPD-Betriebsräte der „Bulgaria“ der Entlassung des roten Betriebsrats zust. Die aus wichtigen „Gründen“ erfolgte, zugestimmt!
3. Der „linke“ Edel erklärte auf der Jahresversammlung der SPD in Dresden am 15. Februar, daß es notwendig ist, die Feindpropaganda bis auf weiteres zu tolerieren!
4. In derselben Jahresversammlung erklärte der „linke“ Parteivorstandende Wedel: „... gegenwärtig (ist) Tolerierung der Regierung Stünning wie auch der tschischen Regierung Sied... notwendig“.
5. Einen Monat später, am 15. März, führte der „linke“ Erst auf dem Bezirksparteitag der SPD Ostpreußen in Dresden aus: „Das Problem (beht) nicht: Vansprecher oder Arbeitslosenfürsorge, sondern Vansprecher oder Hitler-Hugenberg. Den Parteigenossen (ist) mit den Konverordnungen viel mehr zugemutet worden als es beim Vansprecher der Fall war. Bei diesem (ist) bloß das Wohlologische (alle der Beitrag der Arbeiter. Die KPD) der Situation schwer“.
6. Vorgehern stimmten die „linken“ SPD-Führer mit Wedel und Edel an der Spitze, den Kuffüllungs-

F
belieben
chspiele
de Grahl
haus
berneck
ochwitz
chachwitz
kritz